



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
10.09.2024    lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen): JEN-Infoveranstaltung: Mehr Fragen als Antworten	4
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	5
09.09.2024    nordkurier.de: Vereinigung der Unternehmensverbände MV mahnt Politik	6

# Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Marita Boslar

Visits (VpD): 2,56 (in Mio.)<sup>1</sup>

Mediengattung: Online News

Weblink: [https://www.lokalkompass.de/duesseldorf/c-politik/jen-infoveranstaltung-mehr-fragen-als-antworten\\_a1984477](https://www.lokalkompass.de/duesseldorf/c-politik/jen-infoveranstaltung-mehr-fragen-als-antworten_a1984477)<sup>1</sup> von PMG gewichtet 02-2024

Atommüll Jülich

## JEN-Infoveranstaltung: Mehr Fragen als Antworten

### Nach JEN-Info-Veranstaltung haben Initiativen mehr Fragen als Antworten

- JEN stellt Rechtsstaat infrage
- keine Antworten auf Gutachten über Transport-Risiken
- Zeit-Angaben der JEN wirken willkürlich

**Mit Symbolen für Drohnen— und Panzerfaustangriffe, einen Brand in einem Autobahntunnel und den Sturz eines Castors von einer Brücke, demonstrierten Atomkraftgegner Ende August (29.08.2024) vor einer Info-Veranstaltung der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) gegen die geplanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus. Sie bezogen sich dabei auf die Ergebnisse des Kurzgutachtens der Wissenschaftlerin Oda Becker im Auftrag der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ und stellten der JEN kritische Fragen.**

**Im Anschluss an die kleine Kundgebung stellten Mitstreiter der Anti-Atom-Initiativen während der Veranstaltung unter anderem Fragen zur IT-Sicherheit, zum Start und zur Sicherheit der Castor-Transporte. Sie erhielten jedoch keine befriedigenden Antworten – im Gegenteil, etliche Äußerungen der JEN werfen neue Fragen auf.**

JEN-Geschäftsführerin Dipl.-Ing. Beate Kallenbach-Herbert wies darauf hin, dass der Nachweis der IT-Sicherheit für das jetzige Atommülllager in Jülich nicht vor 2025/2026 erbracht werden könne. Dabei hatte die JEN noch vor zwei Wochen gegenüber der Aachener

Zeitung mitgeteilt, dass man davon ausgehe, dieses Jahr alle Aufgaben der Genehmigungsbehörde erfüllen zu können. Marita Boslar („Stop Westcastor“): „Die IT-Sicherheit scheint ein großes Hindernis zu sein, obwohl dies seit mehreren Jahren bekannt ist. Warum für den Nachweis der IT-Sicherheit die Zeitangaben plötzlich so stark schwanken, konnte leider nicht erklärt werden.“

### Fokus auf Sicherheit fehlt

Seit mehr als zehn Jahren wird versucht, die Verantwortung für die nuklearen Altlasten von sich zu schieben. Zunächst war das Forschungszentrum Jülich für den in Jülich produzierten Atommüll verantwortlich, seit einigen Jahren ist es die JEN. Sie favorisiert den Abtransport der Jülicher Brennelementkugeln ins Zwischenlager nach Ahaus. Mit den Transporten verlagert JEN das Risiko auf die Bevölkerung. Vor allem auf diejenigen, die an der Transportstrecke wohnen, sei es durch Unfälle auf den maroden Autobahnen oder Terrorangriffe. Konkrete Antworten auf solche Sicherheitsbedenken gab es nicht – alles unterliege der Geheimhaltung. Dass die Polizei bereits den leeren Probe-Castor im Kreuz Kaiserberg bei Duisburg aus den Augen verlor, scheint der JEN egal zu sein. Bei der Veranstaltung machte die JEN sehr deutlich, dass die Castor-transporte auch dann durchgeführt werden, wenn es keine Räumungsanordnung des bestehenden Lagers mehr vorliegen sollte. Auch hier blieben schlüssige Argumente aus – nach Ansicht der Atomkraftgegner hat die Risikominimierung bei der JEN folglich keine Priorität. Ein Rechtsgutachten im Auftrag

der Initiative „ausgestrahlt“, kam zum Ergebnis, dass die Räumungsanordnung aufgehoben werden kann, da ein Verbleib der Castoren in Jülich perspektivisch möglich sei und die Option mit weniger Risiken ist.

Aus Sicht der Initiativen ist die von der JEN geäußerte Hoffnung auf eine schnelle Transportgenehmigung zweifelhaft: Die Sicherheits-Panne beim Probetransport im November 2023, erhöhte Terror- und Sabotagegefahr und den damit verbundenen Arbeitsaufwand für die Polizei sowie die maroden Autobahnen.

### Fragwürdiges Rechtsverständnis der JEN

Besonders irritiert sind die Anti-Atomkraft-Initiativen über die von der JEN-Geschäftsführerin gemachten Aussagen über die noch ausstehenden Klagen aus Ahaus: Wie kann es sein, dass Beate Kallenbach-Herbert die noch ausstehenden Gerichtsentscheidungen zur Einlagerungsgenehmigung nicht abwarten will und die ersten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus rollen lassen würde, sobald die Transport-Genehmigung erteilt wurde? Stellt sie damit den Rechtsstaat infrage?

Fragwürdig ist auch, dass die JEN 152 Einzeltransporte für die Castoren beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beantragt hat, aber laut Kallenbach-Herbert die Polizei entscheiden könne, wie viele Transporte es letztendlich werden.

Weitere Infos: [www.westcastor.org](http://www.westcastor.org)

Abbildung:

Foto: .ausgestrahlt

Fotograf/-in:

hochgeladen von Marita Boslar

Wörter:

558

## Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

**Autor/-in:** Deutsche Presse-Agentur  
**Mediengattung:** Online News

**Visits (VpD):** 0,631 (in Mio.)<sup>1</sup>  
**Unique Users (UUpD):** 0,355 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Weblink:** <https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/vereinigung-der-unternehmensverbaende-mv-mahnt-politik-2881290>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07-2024

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Verbände

# Vereinigung der Unternehmensverbände MV mahnt Politik

Die Unternehmerschaft in MV ist mit der Politik unzufrieden. Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz fordert angesichts des Erstarkens der politischen Ränder politisches Handeln statt Schuldzuweisungen.

Mecklenburg-Vorpommerns Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz hat die etablierten Parteien in Bund und Land davor gewarnt, nach den für sie zumeist schlechten Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen in alten Verhaltensmustern zu verharren. Schon gleich nach den Wahlen seien gegenseitige Schuldzuweisungen für die hohen Zustimmungswerte für AfD und BSW aus der „Attacke-Schublade“ gezogen worden.

„Wir haben keinen Bock mehr auf die Schaukämpfe von Regierungsparteien und Opposition in Berlin, zu Teilen auch in Schwerin oder wo auch immer. Sie bringen uns nicht voran, sie nerven uns nur noch und sie sind unter anderem die Ursache für den wachsenden Zuspruch für AfD und Co“, sagte Schwarz vor rund 100 Gästen auf dem Jahresempfang des Unternehmerdachverbandes in Hasenwinkel bei Wismar.

### Politik an realer Themenwelt vorbei

Weder die Berliner Ampelparteien SPD, FDP und Grüne, noch CDU oder Linke hätten abgeliefert und bei den jüngsten Wahlen dafür die Quittungen erhalten. Nicht die Wählerinnen und Wähler oder die Wirtschaft trügen die Schuld für die Wahlergebnisse. „Einzig und allein die etablierten Parteien beziehungsweise deren Spitzenvertreterinnen und -vertreter tragen die Verantwortung“, betonte Schwarz.

Regierungsarbeit sei oftmals ideologisch geprägt und habe mit der realen

Themenwelt der Menschen wenig zu tun. Die eigene Nabelschau schein den politischen Akteuren wichtiger als die sachliche Information der Bürger.

„Damit muss endlich Schluss sein. Schluss damit, das Trennende in den Mittelpunkt des politischen Wettbewerbs zu stellen. Schluss damit, den Menschen vorzuschreiben, was sie dürfen sollen und was nicht. Es braucht endlich einen echten Wettbewerb um die besseren Lösungen für die Zukunft unseres Landes - hart in der Sache, aber fair im Ton“, forderte der Arbeitgeberpräsident.

### Gemeinsame Lösungen statt Dauerstreit

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) äußerte Verständnis für große Teile der jüngst vorgebrachten Kritik. „Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich einfach nicht so viel Streit, sondern, dass man gemeinsam zu Lösungen kommt“, sagte sie. Die von ihr geführte Landesregierung sei offen für Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition, wie zuletzt bei der Bewältigung der Corona- und der Energiekrise.

Doch müssten sich alle fragen, ob nicht mehr gemeinsam gemacht werden sollte, anstatt gegeneinander zu arbeiten. Die Oppositionsparteien im Landtag hatten mehrfach kritisiert, dass sie mit ihren Vorschlägen bei der rot-roten Koalition in der Regel auf Widerstände stoßen.

Schwarz mahnte auch einen Strategiewechsel bei der Bekämpfung der extremen Ränder an. Die jüngsten Wahlen hätten deutlich gemacht, dass es nicht ausreichte, gegen die AfD zu sein und die Wählerinnen und Wähler aufzufordern, diese in Teilen extremistische Partei nicht zu wählen. Der Unternehmerverband selbst stelle sich der Herausforderung, den Diskurs zu suchen, die Vertreter von AfD und auch des BSW inhaltlich zu stellen und gleichzeitig auf die Gefahren hinzuweisen, die von extremen politischen Kräften für Wirtschaft und Gesellschaft ausgingen.

### Geordnete Zuwanderung wichtig für Wirtschaft

Unmittelbar vor dem nächsten Bundesländer-Treffen zur Migrationspolitik machte Schwesig deutlich, wie wichtig eine geordnete Zuwanderung gerade für die Wirtschaft sei. Diese sei nun endlich gesetzlich geregelt, müsse nun aber auch umgesetzt werden.

Die Regierungschefin rief die Unternehmer auf, aktiv mitzuwirken, das gesellschaftliche Klima dafür zu schaffen. Um fleißige und integrationswillige Arbeitskräfte würden auch andere Staaten werben. „Wenn wir möchten, dass die zu uns kommen, dann müssen wir auch weltoffen sein und zeigen, dass wir das wollen“, betonte Schwesig und beklagte, dass in der aktuellen Migrationsdebatte viele Themen vermengt würden.

**Abbildung:** Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz: „Haben keinen Bock mehr auf die Schaukämpfe von Regierungsparteien und Opposition.“ (Archivbild)

**Fotograf/-in:** (Foto: Stefan Sauer/dpa-Zentralbild/dpa)

**Wörter:** 565